

Antrag zur Wedeler Ratsversammlung am 16.07.2015

CDU schlägt Einrichtung einer TSV-Task-Force vor

Aufgrund von Informationen seitens des Vorstands des TSV Wedel e.V. sowie diverser Medienberichte droht dem Verein spätestens im September 2015 die Insolvenz. Für den 22. Juli wurde bereits eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.

Um während der „parlamentarischen Sommerpause“ kurze und schnelle Informationswege zwischen Verein, Verwaltung und Politik sicherzustellen, hält die CDU die Einrichtung einer Task-Force für erforderlich. Diese soll kein Entscheidungsgremium sein, sondern ggf. notwendige städtische Beschlüsse für die politischen Beratungen vorbereiten, sowie den bestehenden Informationsbedarf der Politik kanalisieren.

Die CDU-Fraktion beantragt daher:

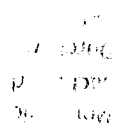
Der Wedeler Rat richtet eine „TSV-Task Force“ ein, bestehend aus dem Bürgermeister und jeweils einem Vertreter der Ratsfraktionen, um die zeitnahe Informations- und Handlungsfähigkeit der Stadt und ihrer Gremien auch insbesondere während der Sommerpause zu gewährleisten.

Begründung:

Die Stadt ist Nutznießerin des breit aufgestellten Angebots, das der TSV für die Bürger Wedels bereithält und das in das soziale, sportliche und schulische Leben unserer Stadt hervorragend integriert ist. Sie muss ein hohes Interesse haben, dass der Verein wieder in eine gesicherte Zukunft blicken und seinen Aufgaben auch künftig nachkommen kann. Sie kann und sollte daher aus unserer Sicht hier aktiv eine beratende und unterstützende Rolle wahrnehmen.

Darüber hinaus hat die Stadt als Erbbaurechtsgeberin für das Grundstück, auf dem die TSV-Sporthalle sowie das TSV-Vereinsheim stehen, nicht nur direkte Einflussmöglichkeiten, sondern auch eine Verantwortung bzgl. der weiteren Entwicklung des TSV Wedel und muss hier zeitnah und umfassend über alle rechtlichen und finanziellen Aspekte in Kenntnis gesetzt werden.

Wedel, 14.07.2015
Michael Kissig
Fraktionsvorsitzender





TOP 4.1.

SPD Fraktion

Wedel, den 15.06.2015

Anlage 2 zum
Protokoll Rat
v. 16.7.2015

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt,

1. die Stadt Wedel wird aufgefordert unverzüglich Planungsalternativen incl. der zu erwarteten Kosten für einen Erweiterungsbau um 4 – 6 Klassenräume für die Gebrüder - Humboldt Schule zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen. Vom BKS mit 7:5:1 empfohlen.
2. Die Planungen für einen zweiten Bauabschnitt soweit vorzubereiten, dass der sogenannten „68 Anbau“ im Mühlenweg durch einen Neubau im Anschluss eines Erweiterungsbaus ersetzt werden kann könnte.
Vom BKS mit 5:0:8 empfohlen.

J. d. R. S. W.

Begründung:

Zu 1.

- Die GHS wird im Rahmen der Kooperation mit der EBG dauerhaft mit einer mindestens 3-zügigen Oberstufe arbeiten. Insofern sind dauerhaft 4 Klassenräume (Klassenstufe 10, 11, 12, 13) mehr als konzipiert von Nöten.
- Im vergangenen Schuljahr wurden bereits dringend benötigte Fachräume umgewidmet. Ab Herbst sind weitere 2 Klassenräume als Containerlösung bereits beschlossen, in der Umsetzung bekanntermaßen schwierig. Im darauf folgenden Schuljahr fehlen noch einmal 2 Räume
- Nicht mit berücksichtigt sind hierbei die zusätzlichen Bedarfe an Differenzierungs- und Gruppenräumen, die sich aus dem Prozess der Weiterentwicklung der Integration zur Inklusion ergeben.
- Die aktuelle Raumsituation schränkt die pädagogische Arbeit der Schule nachhaltig ein und ist keinen Tag länger als zur sofortigen Realisierung eines Neubaus nötig, hinzunehmen,.

Zu 2.

- Der sog. 68'er Bau weist trotz kürzlich statt gehabter Sanierung erneut Feuchtigkeitsschäden auf. Deren Ursache ist nicht geklärt. Seine nicht zeitgemäße mindere Bausubstanz lässt Aufstockungen nicht zu.
- Sollte eine genauere Überprüfung der Bausubstanz Zweifel an der Erhaltungswürdigkeit dieses Baus bestätigen, wäre es vorausschauend

kostengünstiger, in einem aufeinanderfolgenden Bauabschnitt fortzufahren. So

- könnten Kosten für die neuerliche Anmietung und Einrichtung von Containern, die Baustelleneinrichtung und weitere Planungskosten vermieden werden.

Für die SPD Fraktion

Heidi Keck

Lothar Barop

1000
1000
1000
1000

CDU- Fraktion

BKS am 01.07.2015

Antrag zu TOP 5

Der Rat beschließt,

die Verwaltung möge auf der Grundlage der Erkenntnisse des Schulentwicklungsplanes alternative Planungen für eine bauliche Erweiterung der GHS vorschlagen und für den Haushalt 2016 entsprechende Mittel vorsorglich vorsehen.

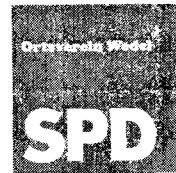
Begründung:

Für das Schuljahr 2014/15 wurde Bedarf an zusätzlichen Räumen für die stetig ansteigende Nachfrage nach Oberstufenplätzen aufgrund neuer Verordnungen sowie der Kooperation mit der EBG von der GHS angemeldet und auch nachgewiesen. Diesem Bedarf wurde mit dem Beschluss, für das Schuljahr 2015/16 zwei Container aufzustellen begegnet, zwei weitere Container werden folgen müssen. Doch sind weder Container als Unterrichtsort für Schüler noch der avisierte Standort dauerhaft zufriedenstellend und zukunftsfähig, um eine pädagogisch sachgerechte Beschulung zu gewährleisten.

Der Schulentwicklungsplan, vorgelegt im September 2015, wird Entwicklungsperspektiven der einzelnen Schulen aufweisen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass -auch in der Zusammenschau aller Schulen- vorrangig für die GHS nachhaltig Handlungsbedarf besteht. Es erscheint daher sinnvoll, für den Haushalt 2016 vorsorglich Mittel für Planungsleistungen vorzusehen.

Heidi Garling

Dr. ...
...
...



**Anfrage zur Vorlage MV/2015/052 – Kompensation der gekürzten
Kreditermächtigung zur 22. Sitzung des Rates am 16.07.2015**

Im Protokoll über die 21. Sitzung des Rates am 21.05.2015 ist auf Seite 9 unter 8.3.) Absatz 2 u. a. festgehalten:

„Herr Schmidt widerspricht Herrn Rüdiger dahin gehend, dass der aufgenommene Kredit jetzt Grund für die Beschränkung hinsichtlich der Größenordnung weiterer Kreditgeschäfte sein soll. Herr Rüdiger weiß ganz genau, dass der Innenminister den Kredit eindeutig genehmigt und für nicht bedrohlich betrachtet hat...“

Meine Frage: Stimmen Sie mir zu, Herr Bürgermeister Schmidt, dass es im Schreiben des IM vom 29.09.2014 – Investment bei der Stadtparkasse Wedel – nicht um die Genehmigung des Kredites geht, sondern es ausschließlich um die Genehmigung zu einem Verfahren mit dem Ziel der Beantragung eines Kredites geht?

Das IM schreibt dazu: „Zunächst ist festzuhalten, dass das Ziel der Stadt Wedel – die Stadtparkasse zu stärken – von Seiten des Innenministeriums grundsätzlich unterstützt wird. Wedel und das Innenministerium haben dabei allerdings u. a. die kommunalhaushaltsrechtlichen Regelungen umfassend in den Blick zu nehmen“.

Weitere Stellungnahmen sind auf Seite 2 des Schreibens vom IM zu finden.

Wir bitten die Verwaltung um schriftliche Stellungnahme.

Wedel, den 14.07.2015

Wolfgang Rüdiger

1. stv. Fraktionsvorsitzender
2. stv. Fraktionsvorsitzender
3. stv. Fraktionsvorsitzender